

Kriege und Interventionen beenden

Fluchtursachen bekämpfen – Abrüsten statt Aufrüsten!

VON DEUTSCHLAND SOLL NIE WIEDER KRIEG AUSGEHEN! – das war die wichtigste Lehre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg vor 70 Jahren. Doch wurden in den letzten Jahrzehnten die Kriegsschauplätze stetig ausgeweitet, an denen Deutschland und seine Verbündeten in der EU und der NATO direkt oder indirekt beteiligt sind. Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen, Mali ... – immer mehr Staaten Asiens, der arabischen Welt und Afrikas wurden durch Kriege und Interventionen in ein mörderisches Chaos gestürzt. Westliche Rüstungsexporte heizen weitere gewaltsame Konflikte an. Über 67 Millionen Menschen sind auf der Flucht – die meisten vor Krieg und Verfolgung.

Gleichzeitig sind die NATO-Staaten dabei ihre Militärausgaben drastisch zu erhöhen und ihre Drohkulisse gegen Russland zu verschärfen. Durch das Wiederanfeuern des Wirtschaftskriegs gegen den Iran torpediert Washington das Atomabkommen mit der Regionalmacht am Golf.

Flächenbrand durch NATO-Kriege

Seit fast 17 Jahren führen NATO-Staaten Krieg in Afghanistan. Im Irak stehen die USA mit einigen Verbündeten seit 2003. Die Zerschlagung des Landes durch die US-geführte Invasion bereitete den Boden für die dschihadistische Miliz „Islamischer Staat“ (IS), die ab 2011 durch die Aufrüstung syrischer Regierungsgegner massiv erstarkte.

Im Kampf gegen den IS wurde die Millionenstadt Mossul und andere Großstädte weitgehend zerstört – vor allem durch die Luftangriffe der USA und anderer NATO-Staaten, die von der Bundeswehr unterstützt wurden. In Syrien trägt nach wie vor die Unterstützung regierungsfeindlicher Milizen durch Nato-Staaten und ihre regionalen Verbündeten maßgeblich zur Fortsetzung des Krieges bei. Der Krieg und das Embargo Saudi Arabiens gegen den Jemen werden von NATO-Staaten politisch, militärisch und mit Waffenlieferungen – auch aus Deutschland – unterstützt.

Sprechendes Schweigen: das Massaker von Mossul

Offensiven syrischer und russischer Streitkräfte gegen syrische, von dschihadistischen Milizen kontrollierte Städte und Gebiete, werden in westlichen Medien regelmäßig als brutal und rücksichtslos verurteilt. Obwohl die dominierenden Gruppen dem Islamischen Staat in Bezug auf Brutalität und religiösem Fanatismus kaum nachstehen, wird der Kampf gegen sie als Angriff auf die gesamte Bevölkerung dargestellt und Berichte über Opfer und Zerstörungen regelrecht aufgebauscht.



Umso krasser wirkt das beschämende Schweigen über die weit größeren Verwüstungen, die die US-geführte Allianz in Syrien und im Irak anrichtet. So wurde die Millionen-Stadt Mossul in einer neun Monate langen verheerenden Schlacht, die US-Kommandeure als die tödlichste seit dem Zweiten Weltkrieg bezeichnen, zwar der Kontrolle des „Islamischen Staats“ entrissen, dabei jedoch zum großen Teil zerstört. Hauptverantwortlich für die Zerstörungen waren die Luft- und Artillerieangriffe der USA und anderer NATO-Staaten, mit denen sie den Bodentruppen den Weg Meter für Meter regelrecht freibombten – ohne Rücksicht auf mehrere Hunderttausend Einwohner, die in den engen Altstadtvierteln eingeschlossen waren.

Einer repräsentativen Studie zufolge, die im Mai in der renommierten Fachzeitschrift PLOS Medicine erschien, wurde dabei jeder achte männliche Bewohner und jede vierzehnte weibliche Bewohnerin getötet, insgesamt ungefähr 100.000 Menschen, die meisten durch Luftangriffe. Ein solches Massaker, das sich im ostsyrischen Raqqa wiederholte, muss, wie auch Amnesty International fordert, als monströses Menschheitsverbrechen angeklagt werden.

Rückkehr und Wiederaufbau in Syrien unterstützen

Aufgrund der Erfolge der syrischen Armee und ihrer Verbündeten konnten 2017 bereits über 600.000 syrische Flüchtlinge in die befreiten Gebiete zurückkehren, zwei Drittel von ihnen nach Aleppo. In der ersten Hälfte dieses Jahres hat sich die Zahl der Rückkehrer auf 750.000 mehr als verdoppelt.

Rückkehr und Wiederaufbau in Syrien unterstützen

Aufgrund der Erfolge der syrischen Armee und ihrer Verbündeten konnten 2017 bereits über 600.000 syrische Flüchtlinge in die befreiten Gebiete zurückkehren, zwei Drittel von ihnen nach Aleppo. In der ersten Hälfte dieses Jahres hat sich die Zahl der Rückkehrer auf 750.000 mehr als verdoppelt.

1,7 Millionen weitere könnten nach Einschätzung der UNO in Kürze folgen.

Durch einen grundlegenden Kurswechsel Deutschlands und der EU könnten auch die meisten anderen, der dann noch verbleibenden acht Millionen Flüchtlinge bald wieder zurückkehren. Bisher flossen Hilfsgelder nur in die „Rebellengebiete“ und damit auch an die dort dominierenden Milizen. Nötig wäre die vollständige Einstellung der Förderung dieser islamistischen Banden, Aufhebung des Wirtschaftsembargos und Ausweitung verstärkter Hilfen für den Wiederaufbau auf das ganze Land.

Hilfe für den Jemen statt Unterstützung des Krieges

Nahezu jenseits der Öffentlichkeit aber ebenfalls mit westlicher Unterstützung und angeheizt u.a. auch durch Waffenlieferungen aus Deutschland, führt Saudi Arabien Krieg gegen den Jemen. Durch ihre Akzeptanz unterstützen die EU-Staaten auch die Hungerblockade der erzreaktionären Monarchie gegen das zuvor schon bitterarme arabische Land. Die humanitäre Situation ist mittlerweile katastrophal: 20 von 27 Millionen sind völlig auf Hilfe von außen angewiesen, Millionen hungern, alle 10 Minuten stirbt laut UNICEF ein Kind einen vermeidbaren Tod, über 3.000 jeden Monat.

Konfrontationspolitik gegen Russland beenden

Der Konflikt in der Ukraine zwischen den russischsprachigen Gebieten im Osten und der pro-westlichen und Russland-feindlichen Regierung in Kiew birgt noch immer die Gefahr einer Eskalation. Wir fordern von der Bundesregierung und der EU konstruktive Bemühungen für eine politische Lösung gemäß dem Minsker Abkommen, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt.

Statt nach dem Kalten Krieg ein kollektives Sicherheitssystem in Europa aufzubauen, das auch die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands berücksichtigt und auf Kooperation, statt auf Konfrontation aufbaut, haben die NATO-Staaten ihren gigantischen Militärapparat ständig weiter Richtung Russland vorgeschoben. Mit regelmäßigen und immer massiveren Großmanövern an den russischen Grenzen steigern sie stetig die Spannungen. In der ersten Augushälfte 2018 übten NATO-Staaten in Georgien. Zum bisher größten NATO-Manöver vom 25. Oktober bis 7. November werden 40.000 Soldaten im Nordosten Norwegens und im Nordatlantik zusammenkommen, wenige hundert Kilometer vor Murmansk. Die Bundeswehr stellt mit rund 8.000 Uniformierten eines der größten Kontingente.



Nato-Expansion

Frieden und Zusammenarbeit in Europa kann nur mit, nicht gegen Russland erreicht werden. Der Truppenaufmarsch der NATO und die Manöver an den Grenzen Russlands müssen beendet werden.

Auslandseinsätze beenden, für eine friedliche Außenpolitik

Seit den 1990er Jahren beteiligt sich Deutschland wieder an Kriegen und Militäreinsätzen. Die Bundeswehr wurde zu einer „Armee im Einsatz“, zur Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Handelswegen. Die Regierungskoalition strebt sogar eine noch stärker militarisierte Außenpolitik an und forciert zusammen mit Frankreich die Militarisierung der EU. Wir fordern die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und jeglicher anderer Unterstützung militärischer Interventionen. Die deutsche Außenpolitik soll zukünftig auf zivile Mittel beschränkt werden. Der Aufbau von EU-Interventionstruppen ist zu beenden.

Abrüsten statt Verdoppelung der Militärausgaben – zivile Produktion statt Rüstung

Die NATO-Staaten, auf die bereits über die Hälfte der weltweiten Militärausgaben entfallen, haben sich verpflichtet, zukünftig zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Militär und Rüstung auszugeben. Für Deutschland würde dies eine Verdoppelung des Militärhaushalts auf über 70 Mrd. Euro bedeuten.

Wir fordern stattdessen eine drastische Senkung der Militärausgaben und die Investition der freiwerdenden Geldmittel in Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wohnen. Die Produktion von Rüstungsgütern muss durch Konversion auf zivile Produktion umgestellt, ihr Export unverzüglich eingestellt werden.

**Schluss mit Krieg und Intervention im Nahen- und Mittleren Osten!
Stopp der Aufrüstung der Bundeswehr und deutscher Waffenexporte!
Deutschland raus aus der NATO! Kriegsallianz endlich auflösen!
Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation!**

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg